

Die Gewerkschaftsfrage in den Neuordnungsplänen des deutschen Widerstands gegen Hitler

Prof. Dr. Hans Mommsen, geb. 1930 in Marburg, lehrt Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

Das Gedenken an Wilhelm Leuschner gilt einer Persönlichkeit, deren politisches Lebenswerk in erster Linie der gewerkschaftlichen Arbeit und besonders der Durchsetzung gewerkschaftlicher Einheit gedient hat. Er gehörte zu den weitsichtigen Politikern, die frühzeitig und konsequent vor der nationalsozialistischen Gefahr gewarnt haben, der als hessischer Innenminister die Boxheimer Dokumente zum Anlaß nahm, um die handelnden politischen Eliten der späten Republik zu energischem Durchgreifen gegen die NSDAP zu bewegen und sich mit allen Kräften einer Machteroberung des Nationalsozialismus entgegengestellt hat.

I.

Andererseits hat Leuschner in der Umbruchphase nach dem 30. Januar 1933 eine Politik unterstützt, die ein Arrangement mit den neuen Machthabern anstrebte, ebenso wie er zuvor zusammen mit Theodor Leipart dem Versuch des Generals von Schleicher positiv gegenübergestanden hatte, mittels einer Gewerkschaftsachse unter Einschluß des Straßer-Flügels der NSDAP zu einer verbandspolitischen Stabilisierung der Republik zu gelangen. Er war an den Verhandlungen beteiligt, die Leipart noch im April mit NSBO-Funktionären über die Zukunft der Gewerkschaften führte. Ebenso trat er als Exponent des in diesen Wochen gebildeten „Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften“ dafür ein, im neuen Staat „positiv mitzuarbeiten“, und er sprach sich für eine parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften aus.

Anders als der linke Flügel des ADGB, der in Siegfried Aufhäuser seinen beredtesten Sprecher fand, war Leuschner bedingungsweise bereit, sich von

der Sozialdemokratie zu lösen und ein Arrangement mit den neuen Machthabern auf der Grundlage eines korporativistisch geprägten Staates mindestens zu versuchen. Er mußte bald erkennen, daß mit der NSBO und noch weniger mit der nationalsozialistischen Führung jede Form der Zusammenarbeit aussichtslos war.

Die Verhandlungen mit der NSDAP erfolgten in einer Situation, in der jeder Gedanke an offenen Widerstand sinnlos geworden war. Die letzte Chance, sich der sich abzeichnenden Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung zu widersetzen, war am 20. Juli 1932 vertan worden. Die Masse der freigewerkschaftlichen Mitglieder fiel danach in politische Passivität zurück. Nur auf der äußersten Linken fand sich eine entschlossene Opposition, die sich dem Gedanken annäherte, mit den zuvor so bekämpften Kommunisten einen *modus vivendi* zu suchen.

Die Umbruchsituation vom Frühjahr 1933 war somit auch durch die Illusion innerhalb des gemäßigten gewerkschaftlichen Lagers geprägt, den Platz der Gewerkschaften auch in einem nicht mehr parteienstaath'ch geprägten semi-autoritären System sichern zu können. Dies schlug sich in der Programmatik des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften, der im April 1933 zusammentrat, ebenso nieder wie in der Vorstellung, daß es auf der nationalsozialistischen Seite Kräfte gäbe, die ernstlich um die Lösung sozialer Probleme bemüht seien. Einer Selbstauflösung der Gewerkschaften, wie sie Aufhäuser vorschlug, vermochten weder Leuschner noch seine christlichen und liberalen Partner zuzustimmen.

Es bedurfte eines bitteren Lernprozesses, bis sich Leuschner von der Illusion befreite, unter dem sich etablierenden Gewaltssystem die Interessen der Arbeiterschaft weiterhin zur Geltung bringen zu können. Das Verbot der freien Gewerkschaften, die Beschlagnahme der Gewerkschaftsvermögen und das gewaltsame Vorgehen gegen deren Exponenten machten klar, daß von Seiten der NSBO und der DAF Verständnis für gewerkschaftliche Belange nicht zu erwarten war. Trotzdem entschloß sich Leuschner, aus dem Gefängnis heraus, die von Robert Ley aufgedrängte Gelegenheit zu nützen, Anfang Juni 1933 wieder an der Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz teilzunehmen, auf der Ley, auch infolge von Leuschners beharrlichem Schweigen, eine klägliche Rolle spielte, wofür er an diesem bittere Rache üben sollte. Leuschner machte damit deutlich, daß die alten Gewerkschaften nicht bereit waren, ihren Platz sang- und klanglos zu räumen.

II.

In den ersten Jahren des Regimes, in denen der totalitäre Zugriff noch nicht alle Lebensbereiche ergriffen hatte und eine relative Verselbständigung der staatlichen Bürokratie Illusionen der Rückkehr zu einer Normalisierung nährte, befand sich Leuschner, wie die meisten der früheren Gewerkschaftler, in einer Art politischer Schwebelage. Die Abwicklung der ehemaligen gewerk-

schaftlichen Leistungsträger, die neben anderen Jakob Kaiser besorgte, schuf den rechtlichen Vorwand, um lose Kontakte untereinander beizubehalten. Das offenkundige Scheitern der DAF bei dem Versuch, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erwerben, weckte Hoffnungen, daß auf lange Sicht eine Wiederbelebung der Gewerkschaften eintreten werde.

Die im Führerkreis geknüpften Kontakte blieben daher in informeller Form bestehen. Der Gedanke, sie zu einer illegalen Reichsleitung der deutschen Gewerkschaften fortzubilden, die nach Berufsverbänden zu gliedern war, blieb im wesentlichen fiktiv. Für die Tradierung gewerkschaftlicher Überlegungen spielte der um Jakob Kaiser und Max Habermann entstandene Kreis, der bald in Verbindung zu dem Kölner Ketteier-Kreis trat, eine bedeutende Rolle. Trotz der Zugriffe der Gestapo war es doch möglich, auf der Basis der herkömmlichen katholischen Arbeitervereine einen losen Zusammenhalt christlicher Gewerkschaftler und Politiker zu bewahren, zu dem bald Leuschner, Hermann Maaß und andere freigewerkschaftliche Gesinnungsgenossen hinzutraten. Es war dies offenbar insofern leichter möglich, als sich die Gestapo scheute, mit allzu gewaltsamen Mitteln das katholische Milieu ihrer Kontrolle zu unterwerfen.

Es ist bemerkenswert, daß auf diesem Wege ein Netz von Beziehungen primär im katholischen, aber auch im sozialdemokratischen Umfeld gepflegt werden konnte, auf das die sich später formierende politische Opposition zurückzugreifen vermochte. Bemerkenswert erscheint, daß der Kontakt Leuschners zu Goerdeler, der durch Jakob Kaiser vermittelt wurde, auf dem Umweg über General Ludwig von Hammerstein zustandekam. Es ist nicht recht klar, wie eng Leuschners Beziehungen zur Umgebung von Schleichers gewesen waren. Auch nach dessen Ermordung schien ihm eine Ablösung des NS-Regimes allenfalls in Form der Rückkehr zum Präsidialsystem denkbar zu sein. Ähnliche Überlegungen teilte Jakob Kaiser. Auch er dachte sich eine Lösung nur in Form einer Machtübernahme durch die Militärs, die jedoch nach dem 30. Juni 1934 in immer weitere Ferne rückte. Für einen solchen Fall gedachte Leuschner, die Gewerkschaften wieder ins Spiel zu bringen. Hingegen lag ihm die Eventualität fern, die Arbeiterschaft selbst für einen revolutionären Sturz des nationalsozialistischen Regimes zu mobilisieren.

Auch auf gewerkschaftlicher Seite ergab sich daher jener für die bürgerliche Opposition charakteristische Zwischenzustand, in dem man noch auf innere Reformen setzte, Hitlers Versprechungen, sich von den Radikalen in der Bewegung zu trennen, ernst nahm und versuchte, sich mit den nun geschaffenen Verhältnissen zu arrangieren. Solange sich die DAF nicht konsolidiert hatte, schien noch immer eine gewisse Hoffnung zu bestehen, in deren Funktionen einzutreten, und an Gegnern Robert Leys fehlte es in der Führungsoligarchie des NS-Regimes nicht. Im Hinblick auf das Prinzip der einheitlichen Zusammenfassung aller Arbeitnehmer und der Bildung von Berufsverbänden bestand ohnehin kein Dissens.

Mit dem von Gerd Beier geprägten Begriff der „Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften“ ist freilich das politische Gewicht dieses Zusammenhalts überbewertet. Zwar blieb eine relativ weitgespannte Verbindung zwischen ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären erhalten, so wenig sie primär politische Arbeit betraf, und stellte eine „Gegenelite“ bereit, „die für den Moment des Zusammenbruchs zur Verfügung stand“, wie Ulrich Borsdorf geurteilt hat. Von gewerkschaftlichem Widerstand als Umsturz des Systems war jedoch vor der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre nicht eigentlich zu sprechen.

III.

Leuschner war aber gleichwohl bemüht, neben der Verbindung zu Jakob Kaiser, Max Habermann und zahlreichen anderen ehemaligen Gewerkschaftlern auch Kontakt zu bürgerlichen Politikern zu gewinnen. Der Gestapo war seine konspirative Tätigkeit bekannt, doch hatte sie keine Handhabe, um gegen ihn vorgehen zu können, zumal er offensichtlich einige Fürsprecher in der Vierjahresplanbehörde besaß. In einem Fernschreiben des Geheimen Staatspolizeiamts Düsseldorf vom 17. Mai 1938 hieß es: „L. steht auch hier seit langer Zeit im Verdacht der illegalen Tätigkeit, aber ist zu schlau, schriftliches Material aus der Hand zu geben. Wir warten hier auch nur auf eine positive Unterlage oder Aussage, um gegen ihn vorgehen zu können.“ Er sei in Berlin, heißt es weiter, „eines der geistigen Zentren des Marxismus und wird sogar in diesen Kreisen als Nachfolger des Führers und des Reichskanzlers angesprochen“.

Sicherlich ist den Spitzelberichten gegenüber, denen diese Information entspringt, Kritik angebracht. Aber daß Leuschner bei der freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiterschaft nach wie vor über hohes Prestige verfügte, steht außer Zweifel. Er vermied es jedoch, Kontakte mit den illegalen sozialistischen Gruppen, so der Gruppe „Neubeginnen“ oder der von Otto Brass und Hermann Brill ins Leben gerufenen „Deutschen Volksfront“ zu knüpfen, die ihrerseits 1938 endgültig dem Zugriff der Gestapo erlagen.

Obwohl es zuvor einzelne Berührungen mit der sich nach 1938 allmählich formierenden bürgerlichen Opposition gab, wobei Jakob Kaiser und die christlichen Gewerkschaftler ein Vermittlungsglied darstellten, war doch erst die enge Verbindung, die sich seit 1941 zwischen Goerdeler und der Gewerkschaftsgruppe um Leuschner, Kaiser und Habermann herstellte, für deren Einbeziehung in die Umsturzpläne der nationalkonservativen Opposition entscheidend gewesen. Zuvor hatten immer wieder Berührungspunkte eingewirkt, die weniger bei den christlichen als den freien Gewerkschaftlern, so bei Hermann Maaß, dem Verbindungsmann im Kreisauer Kreis, hervortraten. Aus der Bezeichnung zu Goerdeler entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit, die bewirkte, daß Leuschner für eine führende Position in der Umsturzregierung ausersehen wurde.

Auf den ersten Blick mutet die Allianz zwischen dem ehemaligen deutschen nationalen Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Carl Goerdeler, und den freien

Gewerkschaftlern ungewöhnlich an. Denn ursprünglich war Goerdelers Haltung namentlich gegenüber dem ADGB mehr als gespannt, wenngleich er an der Existenz der Gewerkschaften als solchen nicht vorbeikonnte. Seine seit 1930 vorgelegten Krisendenkschriften machten mit der ihnen eigenen Unerbittlichkeit klar, daß der Weimarer Sozialstaat eine Fehlentwicklung darstelle und daß den Gewerkschaften maßgebende Verantwortung dafür zukam. Goerdeler hielt das Gesetz zur Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung für grundsätzlich verfehlt, kritisierte den Arbeitszeitkompromiß von 1927 aufs schärfste und verlangte die Rückkehr zum neunstündigen Arbeitstag und Lohnsenkungen auf der ganzen Linie.

Goerdeler wollte die Gewerkschaften aber in die staatliche Pflicht nehmen und ihnen einen Teil der Sozialfürsorge übertragen, um die öffentlichen Kassen zu entlasten und die Tarifparteien zu größerer Lohnenthaltbarkeit zu veranlassen. Er war ein entschiedener Befürworter des Arbeitsgemeinschaftsgedankens und schlug wiederholt die Zwangssyndizierung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und die gesetzliche Verankerung von Aufgaben der Sozialfürsorge in paritätisch gebildeten Kammern vor.

Goerdeler begrüßte ursprünglich die Gründung der DAF, erkannte jedoch bald, daß es sich um einen Wasserkopf artigen Apparat handelte, der sozialpolitisch negativ einwirkte. Aber er trat nicht für die Rückkehr zur Tarifautonomie ein, bejahte die Einrichtung der Treuhänder der Arbeit und hielt das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit für eine tragfähige und überfällige Lösung. Die Fülle der Reformdenkschriften, die Goerdeler bis 1937 verfaßte, lassen ihn als leidenschaftlichen Anhänger der Selbsthilfe erscheinen, als eingefleischten Liberalen alten Schlages, der Sozialpolitik nur in jenem engen Bereich für erstrebenswert hielt, in dem unverschuldet in Not geratenen Menschen geholfen werden mußte, und auch da scheute er vor gesetzlichen Bindungen zurück. Immerhin wollte er nicht ganz hinter die Bismarcksche Sozialgesetzgebung zurück, aber er setzte sich nachdrücklich für das Versicherungsprinzip und gegen jegliche Staatszuschüsse ein. Im Prinzip ging es ihm darum, den Aufgabenbereich des Daseinsvorsorgestaats weitgehend den Tarifparteien zu übertragen. Damit unterschied sich Goerdelers Position deutlich von derjenigen, die Johannes Popitz, der preußische Finanzminister und Verwaltungsrechtsexperte, und Ulrich von Hassell, der Ex-Botschafter in Rom, vertraten. In Popitz' gesellschaftspolitischem Programm, das er im Juni 1943 vor der Mittwochsgesellschaft vortrug, hatten Gewerkschaften keinen Raum. Ein System durchgängig staatlicher Lohnfindung ließ sie als überflüssig erscheinen.

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, daß Goerdeler, der sich wegen seiner liberalen Grundsätze den Vorwurf von von Hassell und Popitz zuzog, „reaktionär“ zu sein, sich den Gewerkschaftsvertretern zuwandte. Dabei kam allerdings schwerlich die Gesamtheit der Meinungsdivergenzen zur Sprache, die zu den Gewerkschaftlern in grundsätzlicher Beziehung bestand. Goerdeler hatte ein doppeltes Interesse am Zusammengehen mit dem

Gewerkschaftskreis. Einerseits verschaffte es ihm einen stärkeren Rückhalt bei den Verhandlungen mit der Generalität, andererseits lag darin eine Chance, das esoterische Moment, das der von ihm mobilisierten Gruppierung aus überwiegend dem Beamtenstand entstammenden Honoratioren anhaftete, zu überwinden. In der Tat stellte die Gruppe der aus ihren früheren Funktionen ausgeschiedenen Gewerkschaftler und Vertreter der katholischen Arbeiterbewegung eine Art politischer Ersatzklasse dar, die über ein vergleichsweise hohes Maß an Abkömmlichkeit verfügte, wenngleich nicht zu erwarten war, daß sie die Massen der Arbeiterschaft hinter die Opposition bringen würde.

Wenn in der Literatur immer wieder vom Goerdeler-Kreis gesprochen wird, ist das insofern irreführend, als erst der Kontakt zu den Gewerkschaftlern den Parteigängern Goerdelers eine gewisse Konsistenz verschaffte, so daß zutreffender von einem Goerdeler-Leuschner-Kaiser-Kreis zu sprechen ist. Es deutet vieles darauf hin, daß Leuschner auf die verfassungspolitischen Vorschläge Goerdelers nicht direkt eingewirkt hat. Er setzte sich jedoch sehr nachdrücklich für die Verankerung des schon vom Führerkreis konzipierten und in der Folgezeit wiederholt beratenen Gewerkschaftskonzepts in den Goerdelerschen Neuordnungsplänen ein.

An die Stelle der DAF, die Goerdeler hatte weitgehend übernehmen wollen, trat die „Deutsche Gewerkschaft“, die auf Zwangsmitgliedschaft beruhte — darin ging sie über die Satzung der DAF hinaus — und weitreichende wirtschaftliche Selbstverwaltungsfunktionen übernehmen sollte. Da die Gewerkschaft nicht nur umfassende betriebliche Mitbestimmungsrechte innehaben, sondern auch in den Selbstverwaltungsorganen der gewerblichen Wirtschaft sowie in der vorgesehenen Ständekammer vertreten sein sollte, verfügte sie in dem angestrebten neuen Staatswesen über eine Schlüsselstellung. Diese fiel um so stärker aus, als die beabsichtigte Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die von gewerkschaftlicher Seite durchgesetzt wurde, eine Schwächung der Kapitaleseite implizierte. Es trat, wohl auf ausdrücklichen Wunsch Leuschners, der Aufbau eines ausgedehnten gewerkschaftlichen Bildungswesens sowie das Recht der Gewerkschaft hinzu, eigene Betriebe zu unterhalten. Ohne das Gegenbild der DAF wäre dieses Maximalprogramm schwerlich denkbar gewesen.

Allerdings spricht einiges dafür, daß dem gewerkschaftlichen Riesen die Zähne des Streikrechts ausgebrochen waren. Zwar war davon nicht ausdrücklich die Rede, aber es ist davon auszugehen, daß innerhalb der Gewerkschaftsgruppe, insbesondere bei den christlichen Sozialisten, die Tendenz überwog, Arbeitskämpfe künftig überflüssig zu machen. Diese Frage blieb jedoch offensichtlich im Hintergrund, zumal Leuschner dazu neigte, bloß prinzipielle Erörterungen zu vermeiden. Es blieb, soweit dies feststellbar ist, bei der allgemein gehaltenen Vereinbarung zwischen den Vertretern der früheren Richtungsgewerkschaften, auf jeden Fall eine Rückkehr zu „marxistischen Klassengewerkschaften“, was immer das heißen mochte, zu verhindern. Im Vor-

dergrund stand der Wille, eine parteipolitisch neutrale, alle unselbständig Beschäftigten umfassende und zentralistisch organisierte Einheitsgewerkschaft zu begründen.

Dies war das Ergebnis eines mehrseitigen Kompromisses, in dem Goerdelers Grundsatz, den Staat möglichst aus den industriellen Arbeitsbeziehungen herauszuhalten und nicht durch ein Übermaß sozialpolitischer Intervention am Arbeitsmarkt das freie Spiel der Kräfte zu behindern, und korporativistische Vorstellungen, die vor allem die christlichen Gewerkschaftler im Hinblick auf die katholische Soziallehre einbrachten, mit den von Leuschner reaktivierten Reminiszenzen an das System der Kriegswirtschaft und die Moellendorffschen Gemeinwirtschaftspläne zusammenflössen. Im Hintergrund stand die für große Teile des nationalkonservativen Widerstands charakteristische Erwartung, durch organisationspolitische Maßnahmen zu einer konfliktfreien Steuerung sozialer Gegensätze gelangen zu können, die Arbeitskämpfe entbehrlich erscheinen ließ.

IV.

Das Konzept der „Deutschen Gewerkschaft“ stieß nicht nur auf dem rechten Flügel der Verschwörung - Popitz sprach von den Gewerkschaften als „Staat im Staate“ -, sondern auch beim Kreisauer Kreis zunächst auf entschiedene Ablehnung. Auch die Militärs wie Generaloberst Beck und Claus Schenk von Stauffenberg taten sich schwer, ihre in der Weimarer Republik aufgestaute Gewerkschaftsfeindschaft zu überwinden. Die nachdrücklichsten Gegner fanden sich beim Freiburger Kreis, dessen wirtschaftspolitische Pläne von einem grundsätzlichen Verbot von Arbeitskämpfen und einem System staatlicher Lohnfindung ausgingen. Auch Goerdeler dachte mindestens anfänglich an ein generelles Streik- und Aussperrungsverbot.

Es spricht für Leuschners taktisches Geschick, daß es ihm gelang, den Kreisauer Kreis dazu zu bewegen, die „Deutsche Gewerkschaft“ für eine Übergangsperiode zu akzeptieren und sie den Landesverwesern als Träger der Neuordnung zu empfehlen. In der Sache widersprach das Konzept Leuschners und Goerdelers diametral den Kreisauer Grundsätzen, die vom Gesichtspunkt der territorialen und gesellschaftlichen Dezentralisierung ausgingen und die Bildung „wasserkopffartiger Organisationen“, wie Moltke gegenüber Lionel Curtis bemerkte, entschieden ablehnten. Konsequenter heißt es in den „Grundsätzen für die Neuordnung“ zur „Deutschen Gewerkschaft“: „Sie findet ihre Erfüllung in der Durchsetzung dieses Programms und der Überleitung der von ihr wahrgenommenen Aufgaben auf die Organe des Staates und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung“. Danach sollte sie ihre Selbstauflösung vollziehen. In der Tat stellte das Konzept der Einheitsgewerkschaft einen Fremdkörper in den Kreisauer Planungen dar.

Andererseits waren die Landesverweser ausdrücklich verpflichtet, „die verantwortliche Mitwirkung der Werktätigen in Verwaltung und Wirtschaft“

herbeizuführen und „zu diesem Zweck“ unverzüglich mit den Beauftragten der Deutschen Gewerkschaft in Verbindung zu treten, die „als allein berechnigte Vertreterin der Werkstätigen anzuerkennen ist“. Diese Formulierungen zeigen das Gewicht, das die Kreisauer den ehemaligen Gewerkschaften für den Umsturz, vor allem aber für den Neuaufbau beileigten.

Die gewerkschaftspolitische Alternative der Kreisauer konnte indessen noch weniger befriedigen. Sie übertrug Moltkes Konzept der „kleinen Gemeinschaften“ auf den Betrieb - bezeichnenderweise hatte man den Klein- und Mittelbetrieb, nicht den modernen industriellen Großbetrieb vor Augen - und träumte von einem einvernehmlichen Zusammenwirken von Betriebsführung und Belegschaft. Was die Wirtschaftspolitik anging, sollte sie überwiegend in den Händen von paritätisch zusammengesetzten Selbstverwaltungskörperschaften hegen, die jeweils aus den Betrieben gewählt werden sollten. Gegenüber hauptamtlichen Gewerkschaftlern hegte Moltke nicht geringes Mißtrauen und verlangte, daß sie wenigstens einen Teil ihrer Arbeitszeit im Betrieb verbringen sollten.

Namentlich Yorck und Moltke, und sie fanden darin die ausgesprochene Unterstützung von Pater Delp, erblickten in der von ihnen vorgeschlagenen Betriebsgemeinschaft, die zugleich auf dem Prinzip der vertraglich, zu vereinbarenden Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer und der Einführung wirtschaftlicher Selbstverwaltung beruhte, eine tragfähige Lösung der sozialen Frage, soweit sie die betrieblichen und tariflichen Probleme betraf. Darüber hinaus setzten sie die Forderung nach Verstaatlichung der Grundstoffindustrien durch. Unzweifelhaft nahmen sie, wenn man ihre Überlegungen in die gegenwärtige Terminologie überträgt, den Standpunkt einer weitestgehenden Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb ein. „Neben der Gestaltung der materiellen Arbeitsbedingungen und fortbildender Berufsschulen“ forderte der Kreis ausdrücklich „eine wirksame Mitverantwortung eines Jeden an dem Betrieb und darüber hinaus an dem allgemeinen Wirtschaftszusammenhang, zu dem seine Arbeit beiträgt.“ Das war ein - vom Prinzip her - ungewöhnlich radikales Programm.

Eine schematische richtungspolitische Zuordnung der einzelnen Positionen der verschiedenen Richtungen des deutschen Widerstands ist daher keineswegs angemessen. Zugleich spielten Unterschiede des Temperaments hinein, die sich teilweise mit intergenerativen Spannungen berührten. Leuschners Gewerkschaftskonzept war nicht primär ein Werkzeug des Umsturzes, aber es stand in engem Zusammenhang mit den von ihm nachdrücklich vorangetragenen personalpolitischen Planungen der Opposition. Leuschner, Kaiser und Habermann teüten mit den bürgerlichen Verschwörern das Handicap, im Grunde über die Reaktion der Massen keine Aussagen machen zu können. Sie gaben sich der nicht unproblematischen Erwartung hin, daß die frühere Anhängerschaft den Aufrufen der ehemaligen Funktionäre Folge leisten würde.

Die Sozialisten Mierendorff, Leber und Haubach zogen hingegen Leuschners Anspruch, die Organisation hinter sich zu haben, in Zweifel - Mierendorff sprach polemisch von Leuschners „Dutzend alter Bäckergröbels“ - und betrachteten die Einbeziehung von Renegaten wie August Winnig ausgesprochen skeptisch. Sicherlich war es problematisch, ehemalige Funktionäre für Führungspositionen in der „Deutschen Gewerkschaft“ oder als Politische Beauftragte in den Wehrkreisen vorzusehen, obwohl sie aus konspirativen Gründen nur andeutungsweise oder überhaupt nicht über die Verschwörung und die ihnen zugedachte Funktion verständigt waren. Andererseits war daran richtig, daß die Kraft gewerkschaftlicher Solidarität den Terror des NS-Regimes überdauerte. Schließlich ist beim Wiederaufbau der Gewerkschaften nach 1945 überwiegend auf die ältere Führungsschicht zurückgegriffen worden, ohne daß das Vertrauen der Mitgliedschaft verloren ging.

Auch in der Auseinandersetzung über die Schaffung einer überparteilichen Volksbewegung nahm Leuschner eine eher zurückhaltende Position ein. Während Leber und Stauffenberg von einer Kombination des Militärputsches mit einer Volkserhebung nach dem Vorbild von 1813 träumten, stand Leuschner in der Nähe jener Nationalkonservativen, die sich der Hoffnung hingaben, das NS-Regime im wesentlichen durch den Austausch der Führungspositionen und einen institutionellen Umbau von oben überwinden zu können. Seine stark dirigistische Gewerkschaftspolitik rückte ihn an die Seite von Goerdelers ausgeprägt aktivistischem Politik-Verständnis.

Es ist bemerkenswert, daß von Kreisau, insbesondere von Alfred Delp, Bemühungen ausgingen, die Kölner Gewerkschaftsgruppe, zu der neben Kaiser Nikolaus Groß, Bernhard Letterhaus und Josef Wirmer gehörten, zu sich herüberzuziehen und aus dem Einflußbereich Goerdelers herauszulösen. Darin spiegelte sich die Überzeugung des Kreisauer Kreises, daß nur die Lösung der sozialen Frage, „die Schaffung beständiger Räume für den Menschen“, wie sich Delp in seiner plastischen Sprache ausdrückte, die Voraussetzung einer Überwindung des Nationalsozialismus und eines tatsächlichen Neuanfangs sein könne, die für Kreisau eine säkulare Neugestaltung von Staat und Gesellschaft bedeutete.

Die Kreisauer Position ging von der Erwartung aus, einen dychotomischen Gesellschaftsaufbau überwinden zu können, und sie strebte primär eine Gesinnungsrevolution an, die freilich, wie Delp nicht müde wurde zu betonen, eine „Zuständereform“ voraussetzte, welche ein Ende kapitalistischer Ausbeutung bringen sollte. Die sozialistischen Ideen des engeren Kerns des Kreisauer Kreises muten vage, ja utopisch an, enthalten im übrigen den säkularen Widerspruch der sozialistischen Tradition, den Gedanken politischer Selbstregierung mit wirtschaftspolitischem Zentralismus vereinen zu wollen.

Von diesen Prämissen her hatte der herkömmliche deutsche Gewerkschaftsgedanke, der die Ebene des Betriebs weitgehend vernachlässigte, keinen Platz im Kreisauer Denken. Auch in den Vorstellungen der Gruppe um

Goerdeler hatte sich die Funktion der Gewerkschaften entscheidend gewandelt. Von Tarifpolitik war bezeichnenderweise fast nie die Rede. Faktisch übernahm die Einheitsgewerkschaft die Aufgabe der Repräsentation der breiten Massen der Bevölkerung in einer grundsätzlich ohne die tragende Funktion politischer Parteien gedachten Ordnung. In der Hinwendung der Opposition zu den Gewerkschaften kam ein bemerkenswerter Lernprozeß gerade der konservativ eingestellten Partner zum Ausdruck, und er nahm in mancher Beziehung die grundsätzliche Anerkennung der Notwendigkeit von Gewerkschaften in der frühen Bundesrepublik vorweg.

Positiv war die einhellige Akzeptanz der Gewerkschaftseinheit, zu deren erstem Vorkämpfer sich Leuschner machte, dessen letzte Worte vor der Hinrichtung „Schafft die Einheit!“ auf diesen Inhalt seines Lebenswerks verwiesen. Ebenso war die kaum bestrittene Betonung des betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmungsrechts ein gutes Omen für die gewerkschaftspolitischen Kompromisse der frühen Nachkriegszeit. Das gleiche gilt für den Gedanken, daß die Gewerkschaften unentbehrliche Träger des demokratischen Wiederaufbaus seien, den Ludwig Bergsraesser, der intern gebliebene Berater Leuschners, seit 1943 in mehreren Denkschriften darlegte. Problematisch war die Übernahme des DAF-Erbes und die Überdehnung der Gewerkschaftsaufgaben.

Kritische Überlegungen in dieser Hinsicht sollen jedoch den Tatbestand nicht verdecken, daß die Gewerkschaften, die immer Hauptträger des Kampfes um demokratische Emanzipation und soziale Gerechtigkeit in Deutschland gewesen sind, trotz der letalen Schwäche, die sie in der Phase vom Frühjahr 1932 bis zum 2. Mai 1933 aufwiesen, ein essentieller Bestandteil der nationalkonservativen Opposition gegen Hitler gewesen sind und wesentliche Positionen in der Umsturzregierung hätten übernehmen sollen. Die 50jährige Wiederkehr des Tages der Hinrichtung von Wilhelm Leuschner, die wiederum für den Opfergang einer großen Zahl von überzeugten Gewerkschaftlern aus allen politischen Lagern steht, gebietet uns, ihrem Handeln Respekt entgegenzubringen und ihr Eintreten für soziale Gerechtigkeit als fortwirkende Verpflichtung aufzufassen.